

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Frank & Co. Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schrottdorferstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirungs) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 egl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie bei Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzertionsgebühren die fünfspaltige Zeitspalte 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7778

Nr. 226.

Magdeburg, Mittwoch, den 27. September 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Erwerbsthätige Kinder.

-n- Die Einschränkung der Kinderarbeit ist in den letzten Tagen wieder ein wenig in den Vordergrund der Erörterung in der Berliner bürgerlichen Presse gerückt worden und zwar durch den energischen Vorstoß der Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. In Deutschland hat man überhaupt erst in den letzten Jahren von der Ausbeutung der Kinder und der damit verbundenen Unterbindung ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung Notiz genommen, obgleich die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten auf die geradezu skandalösen Folgen der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder hingewiesen und das Verbot derselben verlangt haben, hat unsere Regierung erst vor vier Jahren zum ersten Male eine Ermittlung über die Zahl der erwerbsthätigen Kinder anstellen lassen. Und welcher Weg zwischen der Ermittlung und dem Erlaß einer Maßregel auf sozialpolitischem Gebiete liegt, das haben uns die letzten Jahre der preussisch-deutschen Sozialreform, die nach den warnenden Worten des Grafen Poladowsky nur ja nicht überhastet werden darf, zur Genüge bewiesen.

Bei der Berufszählung am 14. Juni 1895 hat man nun für Deutschland die Zahl von **214 954 erwerbsthätigen Kindern** unter 14 Jahren gefunden. Von diesen waren 130 285 Knaben und 84 669 Mädchen. Unter zwölf Jahren waren davon 25 267 Knaben und 7131 Mädchen, insgesamt also 32 398 Kinder.

Die Ermittlungen blieben, wie sich das bei uns von selbst versteht, auf die maßgebenden Kreise zunächst ganz ohne Einfluß. Die Sache mußte doch erst der vorschriftsmäßigen Zutauenzugeweg gehen, ehe sie offiziell zur Kenntnis genommen werden konnte. Es mußte zunächst festgestellt werden, ob bei der Beschäftigung der Kinder „die richtigen Grenzen imgefaßt werden“. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilte „bereits“ Mitte Dezember 1897 mit, der Reichskanzler habe weitere Erhebungen in der Kommission für Arbeiterstatistik über die erwerbsthätigen Kinder in Aussicht genommen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen aber merkwürdig lange auf sich warten. Auf die Anfrage eines freisinnigen Abgeordneten am 20. Januar 1899 erklärte Graf Poladowsky, eine vorläufige Zusammenstellung des Ergebnisses der Erhebung sei im Gange. Die Kinder des 20. Jahrhunderts haben also noch die Aussicht, die Resultate dieser Untersuchung zu vernehmen.

Bei der mit so großer Sorgsamkeit und Gründlichkeit vorbereiteten Enquete sind nun die Verhältnisse der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder von vorne herein ausgeklüffelt. Von den 214 954 erwerbsthätigen Kindern kommen aber 135 121, d. h. nahezu zwei Drittel, auf die Landwirtschaft. Das macht nichts. Die zärtliche Fürsorge unserer Regierung für die Agrarier, die so heiß ist, daß sie nicht einmal durch das kalte Wasser des Kanals abgekühlt werden konnte, bewirkte, daß der Reichskanzler nach dem Muster der Herren Delagorue und Souast entschied: „Diese Frage wird nicht gestellt.“ In dem Circular des Reichskanzlers vom Dezember 1897 ist von näheren Erhebungen über die in der Landwirtschaft und Gärtnerei beschäftigten Kinder von vornherein Abstand genommen, weil schon aus Gesundheitsrücksichten eine Verwendung der Kinder zu leichten Arbeiten in der Landwirtschaft und Gärtnerei, wo sie in freier Luft in einer dem jugendlichen Körper angemessenen Weise Bewegung und Betätigung ihrer Kräfte finden, nicht nur zulässig, sondern sogar nützlich und empfehlenswert sei. Offenbar ist es dem jugendlichen Körper auch sehr angemessen, daß er nicht zu viel Schulbildung in sich aufnimmt. Der Schulunterricht kann ihn ja doch nur später seiner edelsten kulturellen Mission, dem Dienste des hohen Adels, entfremden.

Reibt noch die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben. Da hat man allerdings durch manche Polizeiverordnungen den allergrößten Mißbräuchen ein Ende zu machen gesucht. Natürlich hat die Behörde das mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Triebe, gethan. Infolgedessen übt sie auch die allerweitestgehende Toleranz bei der Ausführung dieser Bestimmungen. Dieselbe Polizei, die extra Beamte anweist, harmlose Nachfahrer zu notieren, die irgend eines der vielen Verbote übertreten haben, duldet, daß Kinder unter 14 Jahren ganz öffentlich, frierend und in später Nacht, allerhand Dinge verkaufen, obgleich das durch die Gewerbeordnung von 1896 ausdrücklich verboten ist.

Die Freisinnige Zeitung, die in einem Leitartikel all die unsterblichen Verdienste aufzählt, die ihre Fraktion seit 1897 durch Anträge, Anfragen und Artikel in dieser Sache sich

errungen, wird merkwürdig, zurückhaltend da, wo es sich einmal um eine wirkliche Maßregel handelt. Sie zweifelt das Recht der Polizei an, durch selbständige Verordnungen die Kinderarbeit einzuschränken. Und was nun gar den Antrag Singer in der Berliner Stadtverordnetenversammlung betrifft, so ist er ihr natürlich viel zu weitgehend. In der Gemeinde, wo die Freisinnigen die Regierung in Händen haben, haben sie auch die Art der Regierung angenommen. Die Freisinnige Zeitung findet, „daß die Verhältnisse in Berlin noch nicht genügend klargestellt sind, um mit Sicherheit die Grenzen zeichnen zu können, innerhalb deren eine gewerbliche Thätigkeit der Kinder auszuschließen ist.“ Sie verlangt, daß „nur sehr vorsichtig und schrittweise vorgegangen werde.“

Man sieht: von den Freisinnigen in der Stadt des Unbesätigten ist nicht viel zu holen. Hoffen wir, daß die Stadtverordnetenwahlen da Wandel schaffen werden. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Zur innerpolitischen Lage wird der ultramontane Kölnische Volkszeitung aus Berlin geschrieben: Das Staatsministerium habe durch die Ernennung Rheinbaben's und Stubb's keineswegs einen einheitlichen Charakter erhalten. Die heutige Verfassung des Ministeriums erinnere lebhaft an die letzte Zeit der Aera Caprivi-Gulenburg, die dadurch ihren Abschluß fand, daß sowohl der damalige Reichskanzler wie der preussische Ministerpräsident abtreten mußten. Es bestehe kein Zweifel, daß die Krisis vor vier Wochen nur verschleppt worden sei. Das ist kein Ausnahmezustand. Wir leben immer in der Krisis. —

Offiziös dementiert wird durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die den Münchener Neuesten Nachrichten aus Berlin zugegangene und von uns wiedergegebene Mitteilung über in der letzten Sitzung des Staatsministeriums angeblich gefaßte Beschlüsse, betreffend die Stellung der politischen Beamten zum Bunde der Landwirte mit dem Bemerkung, daß diese Meldung „völlig unzutreffend“ sei. Der Artikel der Berliner Korrespondenz, den wir zu gleicher Zeit mit anzogen und der nimmehr von der bürgerlichen Presse eifrig diskutiert wird, hat ja bewiesen, daß, wenn wirklich scharfe Beschlüsse des Ministeriums gefaßt worden wären, die Agrarier um die Strenge der Ausföhrung nicht besorgt sein bräuchten. Miquel liegt an seinem guten Verhältnis zu den Frondeuren weit mehr, als an einem halben Duzend Mittelstandskanäle. —

Wir haben endlich die Freude, unseren Lesern mitzuteilen, daß sämtliche preussische Oberpräsidien wieder besetzt sind. Nach Potsdam für Brandenburg kommt v. Bethmann-Hollweg, nach Posen für Posen v. Ritter. von der Recke ist seit einigen Tagen in Münster für Westfalen. Alles ist also wohlbestellt, die Geschichte kann ungestört ihren Gang gehen. —

Die jüdische Volkspartei, die aus Angst vor dem gefährlichen Worte Demokratie die Bezeichnung „demokratische Partei“ längst abgelegt hat, ist am Sonntag in Mainz zur jährlichen Generalversammlung zusammengewesen. Der Reichstagsabgeordnete Konrad Haußmann nahm sich in seinem Reichstagsbericht den Vater der Sparagmes zum Muster und höhnte über die böse Sozialdemokratie, die es den bürgerlich oppositionellen Elementen unmöglich mache, demokratisch zu sein. Er berief sich natürlich auf Vernunft und erntete aus den bedrängten Herzen kräftigen Beifall. So scharf und so energisch man sich gegen die Zuchthausvorlage wandte, so leidendes und verworrenes Klang eine Resolution, die die fakultative kommunale Einführung der Arbeitslosenversicherung empfahl. Danach ging man mit der Hoffnung auseinander, daß hoffentlich die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht trügen würde. —

Der Abgeordnete Lieber ist nicht nach China, sondern nur nach Mainz gefahren und hat dort am Sonntag vor dem heftigen Katholikentage eine Rede über die politische Lage gehalten. Da ihm von offiziöser Seite das Zeugnis ausgestellt worden ist, daß sich „mit ihm leben lasse“, so war er erkenntlich und führte lang und breit aus, daß sich seinerseits auch mit der Regierung recht gut handeln ließe. „Die Gesamttemperatur ist völlig verändert und um viele Grade Celsius wärmer geworden.“ Für den vielumworbenen Lieber ist es demzufolge eine Lust zu leben; weshalb also sollte er wohl nach China fahren wollen? „Es ist recht viel darüber in den Zeitungen gelogen worden, trotzdem habe ich wenig Veranlassung, diese Sache aufzuklären. Ich streite nicht ab, daß ich ganz gern einmal nach Ostasien reisen

möchte, auch vielleicht noch einmal reisen werde (Heiterkeit), warum denn nicht, ich bin ja auch schon dreimal in Amerika drüber gewesen und es hat dem Vaterlande nichts geschadet (Lebh. Beifall), aber daß ich sie jetzt mache, nachdem ich gründlich genug in die Spannung der politischen Lage hineingesehen kann, ist wohl niemand ernstlich in den Sinn gekommen. Ich könnte vor Mitte Januar nächsten Jahres nicht zurück sein, und bis dahin kam vielleicht mancher Topf zerschlagen sein. (Lebh. Beifall.) Ich halte es lieber mit den Worten unseres alten Windhorst: Man muß auf der Lokomotive sein und die Hebel fassen können, sonst wird man überfahren. (Sehr richtig!) Also ich bleibe vorläufig lieber noch in Europa. (Heiterkeit.) Aber aus dieser Ente und dem Umfande, daß ich sie eine Weile habe flattern lassen, hat sich für uns ein großer Vorteil ergeben, es ist die Offenheit der Absichten unserer Feinde rechts und links. Wir brauchen uns jetzt über die Absichten der Gegner nicht mehr mühsam zu informieren. Wir haben sie.“ (Heiterkeit und Beifall.) Aus den gewundenen Späßen geht hervor, daß Lieber thätig nach China hat ausreisen wollen; es bleibt nur unbekannt, wer ihn zurückgehalten hat und zurückhalten hat können. Das soll uns weiter nicht beschäftigen; Deutschland hat Ernst Lieber wider seinen Willen behalten und ein Interesse daran erfahren, was für Hindernisse der neueste Lokomotivführer auf seiner gefährlichen Fahrt vor sich erblickt. „Die Lage im allgemeinen wird, scheint es, bedrohlicher für uns. Ich kann nicht alles sagen, was ich weiß, ich kann aber wohl sagen, daß es einen sehr einflußreichen Herrn im preussischen Staatsministerium giebt, der nichts sehnlicher wünscht, als das Centrum aus seiner ausschlaggebenden Stellung zu verdrängen und der nichts mehr erhofft, als in der bevorstehenden Tagung des nur vertagten Reichstages gelegentlich der Zuchthausvorlage, der Militärvorlage und was sonst noch, an der maßgebendsten Stelle des Reiches den Eindruck zu erwecken: Zwar haben wir Konservativen mit un-nachahmlicher Kühnheit Dir Deinen Kanal verdorben, aber doch sind wir, wenn es darauf ankommt, die einzig sicheren Stützen von Thron und Altar! (Hör! Hör!) Ich denke, ich habe mich deutlich genug ausgedrückt (Heuerkeit); der Herr Miquel wird mich verstehen, von dem ich rede. Und da ich die Zuchthausvorlage nun einmal genannt habe, so will ich doch all den besorgten Gemütern in der Redaktion des Vorwärts und in anderen sozialdemokratischen Redaktionen zur Veruhigung sagen: Wir stehen heute auf demselben Standpunkte, den ich im Namen der Fraktion bei der ersten Lesung darzulegen die Ehre hatte.“ Was war das für ein Standpunkt? Lieber wollte im Juni die Koalitionsfreiheit erst herstellen, bevor er ihre „Auswüchse“ beseitigen helfe. Zu diesem Zweck will er im Herbst mit Detailvorschlägen, einem fertigen Gesetzesentwurf oder dergleichen kommen, also sich wieder aufs Handeln verlegen. Darin erblickten die deutschen Arbeiter die große Gefahr, die ihnen droht. Wäre Lieber und mit ihm das Centrum ein voller Freund der Koalitionsfreiheit, so hätte er die Zuchthausvorlage im Juni vor den Bundesratsmitgliedern zerrissen in den Papiertorb des Reichstags geworfen. In seiner Macht lag es. Er hat es wohlweislich nicht gethan und so ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß er im Herbst und Winter aus alter Gewohnheit einen Kuhhandel inszeniert selbst auf die Gefahr hin, am Schlusse wieder den „blamierten Mitteleuropäer“ spielen zu müssen. Es ist das um so wahrscheinlicher, als der liebe Ernst die Mainzer Gelegenheit nicht hat vorübergehen lassen, ohne gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Unsere Partei bezeichnete er als den Todfeind des Centrums. „Der letzte Entscheidungskampf müsse zwischen Centrum und Sozialdemokratie geschlagen werden. Dagegen werde man mit den Nationalliberalen besser stehen. Bei den letzten Reichstagswahlen haben sie in vielen Wahlkreisen fest zu uns gestanden und treu das gegebene Wort gehalten und Centrumsleute gegen Sozialdemokraten unterstützt. (Lebhafter Beifall.) Nicht ebenso könne er das von den Konservativen rühmen. Die Ausfallsweiche, die der Lokomotivführer Lieber dem Centrum stellt, läuft also in das blaue Regierungsgeleise hinein. Die Konservativen sollen aus ihrer Regierungsmacht durch ein liberal-ultramontanes Kartell verdrängt werden. Die erste Vorbedingung dazu ist die unbefehene Annahme der in Sicht stehenden Militärvorlage; die zweite die Herstellung einer korrigierten Zuchthausvorlage. Es muß also Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie sein, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Ernst Lieber Wellendampf voraus auf ein — totes Geleise fährt. —

Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik.

H. G. Breslau, 25. September 1899.

Heute Vormittag wurde im Saale des Landeshauses der Provinz Schlesien die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik eröffnet. Die Beteiligung der interessierten Kreise ist eine sehr starke, besonders sind die namhaftesten Lehrer der Volkswirtschaft der verschiedenen deutschen sowie außerdeutschen Universitäten vertreten, u. a. Geheimrat Schmoller, Professor Lugo Brentano, Sombart, Philippovich-Wien, Cohn-Wöttingen u. Weitere Teilnehmer sind Staatsminister a. D. Frhr. v. Berlepsch, Professor Gierke-Berlin, die Abgeordneten Dr. Max Hirsch, Gothein-Breslau und Alexander Meyer-Berlin. Für die verschiedenen Behörden sind als Vertreter erschienen der Oberpräsident von Schlesien, Fürst Habsfeld, der Breslauer Oberbürgermeister Bender und die Geheimräte Dr. Leyen und Thiel als Abgeordnete des Ministeriums für Handel und Gewerbe und des Landwirtschafts-Ministeriums.

Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über 1. Die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung, 2. Die Lage des Hausgewerbes und 3. Entwicklungstendenzen im modernen Detailhandel. In einer gestern stattgehabten Ausschußsitzung wurde beschlossen, zunächst von Vereinswegen die Wohnungsfrage zu behandeln.

Die heutige Plenarsitzung wurde von Schmoller eröffnet und dieser zum Vorsitzenden, zu Beisitzern Kommerzienrat Weßtn-Breslau, die Professoren Gierke-Berlin und Brentano-München gewählt. In seiner einleitenden Rede erwähnte Geheimrat Schmoller zunächst die Bestrebungen und Ziele des Vereins für Sozialpolitik. Der Verein, im Grunde eine Publikationsgesellschaft, zähle sämtliche Nationalökonomien Deutschlands zu seinen Mitgliedern. Die Veröffentlichungen des Vereins stellten ein wertvolles Material dar und seien geeignet, die Gesetzgebung in sozialpolitischer Beziehung erheblich zu beeinflussen. Und darauf sei das Bestreben des Vereins in erster Linie gerichtet. Laßalle habe einmal geschrieben: Der Stoff ohne Gedanken habe immer noch einen gewissen Wert, der Gedanke ohne Stoff, d. h. ohne grundlegendes Material, sei nur Chimäre. Der Verein habe sich je nach den Umständen einmal zu den Forderungen der Arbeiter, dann wieder zu denen der Unternehmer in Gegensatz stellen müssen. Redner bezeichnet die Unternehmer als Mitglieder der Volkswirtschaft, die aber im Tageskampfe für ihre Interessen eintreten und oft die objektive Würdigung der Verhältnisse vergessen, so daß der Verein nicht mitgehen könne. Ganz ähnlich aber sei die Stellung des Vereins zu den Arbeitern und der Arbeiterbewegung. Wir bekämpfen und hindern die Irrlehren der Sozialdemokratie, sagt Redner, aber wir anerkennen gern, daß sich unter den Arbeitern und ihren Führern tüchtige, sehr befähigte und ideal gerichtete Männer befinden und daß die von ihnen mit bewirkte geistige Hebung der Arbeiterklasse zu den schönsten Erscheinungen der neuzeitlichen Geschichte zählt. Wir beklagen wohl die in diesen Kämpfen offenbar leidenschaftliche Erregung, aber wir erklären sie uns auch. Interessensverwirrungen zeigen immer Leidenschaft und große Bewegungen werden nie ohne ein gewisses Maß Leidenschaft durchgeführt. Wir aber wollen abseits als leidenschaftslos objektive Beurteiler stehen. Und weil wir den Tageskämpfen fern stehen, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß, von einzelnen Irrtümern abgesehen, wir doch befähigt sind, die Entwicklung richtig erkennen und beurteilen und praktische Ratschläge erteilen zu können. In der Gegenwart weht für soziale Reformen allerdings kein guter Wind. Den pessimisten unter uns ist es besonders schmerzhaft, daß oben jetzt wieder das Koalitionsrecht der Arbeiter durch Angriffe bedroht ist. Daß darüber haben wir heute nicht zu verhandeln, daß aber wird Redner sagen: Wir haben die Mandate für einen Grundbesitzer unserer Entwicklung und waren vor der Revolution, wir können aber entscheiden, daß ohne ständige und durchgreifende soziale Reformen die Zukunft unseres Vaterlandes, ja der ganzen Kultur schwer bedroht erscheint. Wir treten für solche Reformen ein und setzen den deshalb erhobenen Angriffen und Verdächtigungen mit Gleichgültigkeit entgegen. Von einem Teil der großkapitalistischen Presse, die in solchen Angriffen besonders wüthet, wird jede Reformverwirklichung für sozialdemokratisch und sozialgefährlich erklärt. Wenn der Bezeichnung Kampf gegen den Umsturz, heißt man jede so beschaffte Bestrebung zu Gunsten der Arbeiter zu hindern und zu unterdrücken. Dem Redner persönlich ist jede Mandatverlustrung willkommen, die wirkliche Arbeiterbewegungen mit harter Hand niederstößt. Aber die Demokratisierung von Millionen deutscher Arbeiter deshalb, weil sie gewisse berechtigende Wünsche zu Verwirklichung ihrer Lebensverhältnisse vorzuziehen, ist verwerflich. Seit. Außerdem sind gewisse Ideen, als die unumstößlichen Grundsätze der Sozialdemokratie. Wir hoffen, daß diese Irrgeisterungen einer gewissen großkapitalistischen Richtung im Geiste nicht wahr, noch würden Königs und Staatsrat zu Mandatverlust des Großkapitalismus werden müssen, die König würde nicht mehr rot des roten (König der Arbeiter), haben ein König der Arbeiter sein. Denn eine eine sozialistische Regierung, die sich nicht von allem. Aber es eine solche Gefahr glauben wir nicht, die Sozialpolitik der Jahre 1881-91 genosse diese Bestimmung. Der Verein für Sozialpolitik bleibe mit dem Wege, denn in jedem Jahre die Regierung wandelt. (Beifall)

Nach dem Beschlusse der Tagesordnung wurde die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung. (Beifall)

dann einen Ueberblick über ihre Entwicklung. Nur in der Textilbranche ist die Hausindustrie zurückgegangen, ihre fort-dauernde Lebensfähigkeit sei im übrigen ganz zweifellos. Ihre Daseinsbedingungen liegen größtenteils in lokalen Gruppierungen der Bevölkerung, sie gedeiht dort, wo Fabrikindustrie unmöglich ist, wie in Gebirgsgegenden, und stellt die allerbilligsten Arbeitskräfte in ihren Dienst. Ein Kulturstaat hat kein Interesse an der Erhaltung der Hausindustrie, vielmehr ein solches an ihrer Bejeitigung, denn sie drückt die Lebenshaltung der Arbeiter auf das tiefste herab. Der Bejeitigung der Hausindustrie stellen sich aber starke, wenn auch rudimentäre Interessen entgegen. Trotzdem ist die Lösung des Problems nicht ganz aussichtslos. Auch im Gebirge ist schon Fabrikindustrie möglich geworden. Eine energische Wohnungs- und Verkehrspolitik kommunaler Art, welche die ländliche hausindustriell beschäftigte Bevölkerung in größere Nähe der großen Städte bringt, kann ebenfalls Wandel schaffen. Redner schildert eingehend die bekannten gesundheitslichen Gefahren der Hausindustrie und verlangt einschneidendes gesetzgeberisches Eingreifen. Es sei Aufgabe der Gesetzgebung, dafür zu sorgen, daß nicht eine neue Generation in der geistigen und physischen Kellerrüst der Hausindustrie aufwache. (Beifall)

Professor Philippovich-Wien (Korreferent) will den vom Vorredner etwas weit gefaßten Rahmen enger nehmen, um so praktischer zu wirken. Die Frage der Existenz- oder Nichtexistenzberechtigung sei vorläufig kaum zu diskutieren, denn die Hausindustrie würde noch recht lange bestehen. Hochentwickelte Industrien bedienen sich der Heimindustrie und unrichtig sei auch, daß die Hausindustrie nur minderwertige Waren herstelle. Vom Produktionsstandpunkt ist gegen die Hausindustrie nichts einzuwenden. Wir beschäftigen uns mit dieser Frage nur wegen der niedrigen Lebenshaltung der Heimarbeiter und der gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie. Gesetzgebung und Arbeiterorganisationen haben für die Fabrikarbeiter gewirkt und dasselbe ist auch für die Heimarbeiter möglich. Damit können wir vorläufig schon zufrieden sein. Den Begriff Hausindustrie zu definieren ist nicht das wichtigste, sondern Hilfe für die bedrückten Heimarbeiter, auch ohne wissenschaftliche Definition des Begriffs. Da die Gesetzgebung die Heimarbeiter bisher als Nebenbeschäftigung behandelt, hat sich diese jeder gesetzlichen Kontrolle entzogen. Mit diesem Prinzip muß gebrochen werden. Werkstättenpolitik, nicht Handwerks-, Fabrik- und Hausindustriepolitik sollte genossen werden. Für jede Werkstatt müßten Bestimmungen über Dauer der Arbeit, Beschäftigung von Kindern usw. getroffen werden. Ebenso sollten Vorschriften erlassen werden, die sich mit den Arbeitsverträgen beschäftigen. Dann muß die Festsetzung von Mindestlöhnen unter Mitwirkung von Arbeitern und Unternehmern gesetzlich herbeigeführt werden. Die Frage, ob die heimischen Industrien dabei bestehen können, kommt erst in zweiter Reihe. Was nützt ein Kampf einer Exportindustrie um die Lieferung billiger Uniformen für ägyptische Soldaten, wenn die einheimischen Arbeiter dieser Industrie dabei verhungern? Nennend ist es, die Heimarbeiter selbst mehr in die Bewegung zu setzen, denn nur unter ihrer tätigen Beihilfe ist eine Hebung ihrer Lebenslage zu erreichen. Dazu brauchen wir Agitation, die nicht Aufgabe unseres Vereins sein kann, aber der man nicht entgegenstellen sollte, auch wenn sie einmal etwas heftigere Formen annimmt. (Beifall)

In der Diskussion nimmt zunächst Staatsminister a. D. Frhr. v. Berlepsch das Wort. Soweit die Hausindustrie die Löhne herabdrückt und die Produktion minderwertiger Waren fördert, ist sie gewiß nicht wünschenswert. Daraus folgt aber noch nicht ein gesetzliches Verbot heimischer Heimarbeiter. Ein Teil der Hausindustrie habe sich keine Existenzberechtigung, so die im Eisenfeld, wo eine ganze Familie wöchentlich nicht mehr als 6-8 Mark verdienen über die Wochenindustrie im Eisenfeld, die dem Heimarbeiter nur einen Wochenverdienst von 4 Mark einbringt, wie er auf Grund eines Tageslohn noch zu Zeit seiner Minderbeschäftigung feststellen habe. Immerhin werde man sich noch auf längere Zeit mit der Thematik des Bestehens dieser Hausindustrien abfinden müssen. Ob die Hausindustrie uns oder abgenommen hat, ist schwer zu sagen. Selbst die Statistik der Bevölkerung würde da oft irreführen. Ein der bekannter Bekannter der Bevölkerung ist aber jedenfalls in der Hausindustrie beschäftigt und der große Teil der Heimarbeiter befindet sich in schlechter Lage. Was kann nun geschehen, um die oft traurigen unglücklichen Zustände in der Hausindustrie zu beheben? Redner hat ein vorläufiges und auf das langfristige Maß beschränktes Eingreifen der Gesetzgebung nicht da für erforderlich, wo es sich um ein Eingreifen in das Familienleben handelt. Anderer unter 20 Jahren dürfen überhaupt nicht beschäftigt werden, bei älteren Kindern ist jedoch eine mögliche gesetzliche Beschränkung von jenseitigen Arbeitszeiten. Generelle Beschränkungen sind nicht am Tage, die Gesetzgebung müßte hier einschreiten. Gesundheits- und Wohnungsbedingungen müßten zunächst zu starken Maßnahmen gegen die Arbeitsfrage in der Hausindustrie werden. Die Wohnungsfrage ist längst für ein gesetzliches Eingreifen reif. Sehr wichtig sei die Ausübung der Kontrolle. Hier können vielfach Hausbesitzer und Lehrer zu Kontrolle herangezogen werden. Aber vor allem müßten die Arbeiter nicht zur Behebung ihrer Lage beitragen, hier müßte aber besonders die praktische Gesetzgebung den Arbeitern und vor allem den Arbeiterinnen große Hindernisse. Frauen können politischen Parteien nicht anschließen, rein gewerkschaftliche Dinge würden für verwerflich erklärt. Politische Koalitionsfreiheit ist also geboten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist das wichtigste und beste Mittel, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Es dürfte jedoch in keiner Weise beschränkt werden. Gerade bei der Hausindustrie müßte in die Lösung der Lebenshaltung der Arbeiter große Hilfe, deshalb müßte man für die Koalitionsfreiheit heimischer Heimarbeiter mit allen Kräften eintreten. (Beifall)

Fabrikbesitzer Kaufmann giebt im Allgemeinen die schlechte Lage der Hausweber zu, besser gehe es nur denen, die auch ein bishigen Ackerwirtschaft treiben. Er wendet sich gegen den Vorschlag, die Arbeiterzuschlaggebung auf die Heimarbeit auszudehnen und fordert freiere wirtschaftliche Entwicklung für die Industrie. Nachdem noch eine Weile fort diskutiert worden ist, werden die Verhandlungen geschlossen. Morgen kommt zunächst die Frage des Hausgewerbes zur Verhandlung.

Nachrichten aus dem Auslande.

In Oesterreich werden am hellen Tage mit der Laterne Minister gesucht. Da man keine finden kann, soll die Absicht bestehen, die Portefeuilles im Submissionsverfahren auszu-schreiben. Der Höchstfordernde erhält den Zuschlag.

Das Urteil im Belgrader „Hochverrats“prozess ist am Montag gesprochen worden. Dreizehn Personen wurden des Hochverrats schuldig befunden. Verurteilt wurden Knezewitsch und der im Anstande in Sicherheit lebende Tassitsch zum Tode. Die andern erhielten die höchste zulässige Strafe 20 Jahre Zuchthaus mit schweren fortwährend zu tragenden Ketten. Nikolitsch, ein starker Mann von einnehmender Gestalt, weinte, als er das Urteil vernahm, wie ein Kind. Es war herzerreißend. Der der Mitwissenhaft am Hochverrat schuldig erkannte Patsitsch und Frau Angelie Sowanowitsch sowie sieben Bauern wurden sämtlich zu fünf Jahren schweren Kerker verurteilt. Der der Majestätsbeleidigung schuldige Sanjowitsch erhielt neun Jahre Gefängnis. Die übrigen acht Angeklagten wurden freigesprochen. Das Urteil übte auf das Publikum niederschlagende, erschütternde Wirkung. Die Großmächte würden bloß bei Todesurteilen eingeschritten sein, die zum Kerker Verurteilten überlassen sie ihrem Schicksal. Es bleibt nur die Hoffnung, daß sie vor Ablauf der Strafzeit begnadigt werden, sonst sind sie für immer verloren. Auf drahlischen Befehl wurde Patsitsch sofort begnadigt und freigelassen. Die Exekution des Knezewitsch wurde nachmittags 4 Uhr vollzogen. Vor dem offenen Grabe erklärte Knezewitsch dem Priester gegenüber mit lauter Stimme, daß alle Umstehenden es hören konnten, daß alle Verurteilten, ihn selbst ausgenommen, unschuldig seien. Der Exekution, die un-mittelbar am Donauflusse stattfand, wohnte ein vieltausendköpfiges Publikum bei. Die Leute waren lustig und guter Dinge, als ob es sich um ein Volksfest handelte. Knezewitsch war mit Striden gebunden, trug seinen gewöhnlichen Anzug und sah sehr blaß aus; er hielt sich aber aufrecht. Vier Gendarmen gaben eine Salve aus ihren Mausergewehren ab und — die Exekution war vollzogen. Vorchriftsmäßig schossen noch zwei Gendarmen ihre Gewehre auf Knezewitsch ab. Raum waren die Gewehre abgefeuert, als Arbeiter mit Schaufeln herbeieilten und die Grube zuschütteten. Damit war alles beendigt.

Aus Südafrika und England kommen lange Telegramme, aber keine entscheidenden Nachrichten. Die englische Kriegspartei arbeitet mit Hochdruck.

Auf Samoa sind neue „Wirren“ ausgebrochen. Es wird also nötig, wieder eine Oberkommission an Ort und Stelle zu schicken. Das hat zwar keinen Zweck, aber es beruhigt doch die europäischen Gemüter.

Nachrichten aus Magdeburg.

Auf die Dienstagabend im Weißen Hirsche tagende Volksversammlung sind die Parteigenossen des Stadteile Neue Neustadt noch einmal aufmerksam gemacht. Schöne niemand das schlechte Weiter vor. Es ist peinlich für den Referenten, vor schlecht besuchter Versammlung zu reden.

Im Amtlichen Anzeiger lesen wir: „Ein sozialdemokratisches Flugblatt, betitelt: „An alle Unterdrückten“, wurde am gestrigen Sonntag vormittag in zahlreichen Exemplaren in den Häusern der Stadt verbreitet. Dasselbe hat nichts neues. Es enthält die alten bekannten Phrasen von den Unterdrückten und den wahrhaft Bekleideten. Interessant war nur folgender Satz: „wer an der Hebung seiner Lebenslage und an der Befreiung und hoffentlich sozialistischen Befreiung aller Schmaraner und reaktionären Umstürzler an ihrem Teile mitarbeiten will.“ Die Sozialdemokraten scheinen also noch nicht mehr recht an die Erfüllung ihrer Wünsche zu glauben.“

Die bereits gestern mitgeteilte, findet am nächsten Donnerstag eine Sitzung der Stadtverordneten statt, bei der für den öffentlichen Teil 21 Gegenstände zur Beratung stehen. Es handelt sich um Hebeschlüsse von Geldbewilligungen, um Verpachtungen, um die veränderte Bestimmung des Thammes Bauern auf dem Fürstlichen Park, für den früheren Oberbauinspektor Kostowitsch in den Anlagen vorwärts der Citadelle, um Legung von Gas- und Wasserleitungen, um Verändereungen in verschiedenen Straßen, um Beleuchtungsanordnungen, um Verändereungen usw. Ferner um Bewilligung von 20000 Mark als Voranschlag zur Beschaffung von Material für die Hebung der Verkehrsverhältnisse in der Eisenbahn oberhalb Magdeburg auf zur Verjüngung der Stadt Magdeburg geeigneten Land-mauer und von 30000 Mark als unterjährlicher Darlehen an den hiesigen Hausfrauenverein zum Zwecke der Erbauung eines eigenen Vereinshauses auf 15 Jahre, vom 1. April 1900 ab gerechnet. Die Beratung haben weiter der abgeänderte Anstaltensplan für die Hebung der den Grundbesitzer Nr. 2, 3 und 3b und die Erstellung der Wasserleitungs für das Grundbesitzer Oberstraße 47. Die Eingabe des Wirtschaftlichen Schussverbandes betreffend die Schenkung der Wasserleitungen ist noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weshalb die Schussverbandler ganz unzufrieden sind.

Nach Einführung des Schussverordnungs-Tariffs sind die Wagen der Eisenbahn fortgesetzt geblieben. Ein Beweis dafür, wie sehr die Befreiung des Fahrvertrages den Vertriebsverkehr fördert. Zudem bringt das fortgesetzte schlechte Wetter die Passanten zum Lachen. Die mit elektrischen Kraft betriebenen Wagen fördern ihre Last spielend, nicht so die noch mit Pferden betriebenen Wagen. Man sieht sich nur einmal die Pferde an, wie sie leiden und während die Wagen gehen und sich anhalten beim Anziehen auf den vielen Poststellen. Nachdem durch den elektrischen Betrieb eine Anzahl Pferde überflüssig geworden sind, wäre es doch wohl möglich, die bislang mit einem Pferde bespannten Wagen mit zwei Pferden zu bespannen.

Die Diskussion über elektrischen Straßenbahn ist bei der heutigen Sitzung beim bei der Eisenbahn Veranlassung daraus eine gekommen, auf der Seite einer Markt-Friedrichstadt an der Laugen Straße. Die Eisenbahnverwaltung, eine Haltestelle einzurichten zu dürfen. Das letzte Wort hat die Eisenbahnverwaltung, weil es sich bei der elektrischen Bahn um Kleinbahnbetrieb handelt. Die Haltestelle würde

Ausschneiden!

Wohnungswechsel.

Expedition der Volksstimme

Jakobsstraße 49.

Sich ersuche Sie, die mir in meine bisherige Wohnung

_____ gesandte

Volksstimme vom _____

ab in meine neue Wohnung nach _____

_____ zu senden.

Unterschrift:

Wir bitten, im Bedarfsfalle den obigen genau ausgefüllten Ausschnitt durch den „Courier“ unfrankiert an unsere Expedition zu senden oder unseren Kolporteurs zu übergeben, worauf umgehend die Zustellung an die gewünschte Adresse erfolgen wird. —

Ein Ritualmord.

In Oesterreich ist man jetzt auch dazu gelangt, den Ritualmord als Thatfache festzustellen, ihn von Verbrechen wegen nachzuweisen und dadurch den Antisemitismus neue Nahrung, neuen Stoff zu seiner wüsten Agitation zu geben.

Und das hat sich, wie der Sächsischen Arbeiterzeitung aus Wien ausführlich gemeldet wird, folgendermaßen zgetragen: In dem tschechischen Dorfe Polna, im mittleren Böhmen, wurde im März, zur Osterzeit, an einem zwanzigjährigen Mädchen ein Mord verübt. Drei Tage, nachdem das Mädchen vermisst wurde, fand man ihren Leichnam im Walde. Der unter Neißig verborgene Leichnam hatte eine auffallende Lage: auf dem Bauche hingestreckt, der Kopf auf den Armen ruhend, die Beine emporgezerrt und mit den Fersen gegen den Leib gebogen. Der Kopf zeigte Verletzungen von Schlägen, an dem Halse war eine Strangulationsspur und außerdem eine tiefe Schnittwunde. Es war, wie gesagt, Osterzeit, und da sich auch die Nachricht verbreitet hatte, die gerichtsarztliche Kommission habe kein Blut gefunden, so erwachte sofort der Glaube, daß hier ein Ritualmord begangen worden sei. Der Glaube an den Ritualmord spukt ja überall unter dem Landvolk und nirgends vielleicht mehr, als unter dem tschechischen Landvolke. In den tschechischen Dörfern und Städten spielt der Jude als eigentlicher Träger des Handels eine hervorragende Rolle. Darum ist auch der Judenthum hier überall lebendig. Judenthümlichkeiten kommen in den tschechischen Gegenden fast alljährlich vor; auch die letzte Deutschenhege in Prag war ja

mit Judenthümlichkeiten verbunden. Das geschieht auch dort, wo Judenthümlichkeiten keinen politischen Ausdruck im Anschluß der Bevölkerung an die antisemitische Partei noch nicht gefunden hat. In Polna kam zu diesen allgemeinen Ursachen noch hinzu, daß man in demselben Walde in vergangenen Jahre den Leichnam eines ermordeten Mädchens aufgefunden hatte, allerdings lange nach der That als Gerippe, das aber ebenfalls mit Neißig zugedeckt war und eine ähnliche Lage zeigte, wie der Leichnam des heuer ermordeten Mädchens.

Der Verdacht der Einwohner von Polna lenkte sich auf den Juden Hilsner, einen jungen Burschen, der als arbeitsscheuer Herumtreiber einen üblen Ruf genoss. Kaum aber hatte man in Wien und Prag Nachricht davon, daß in Polna ein Mord begangen worden sei, den das Volk für einen Ritualmord halte, als sofort die Wiener und die Prager Antisemiten sich an die Arbeit machten. Am eifrigsten ermahnte sich das Wiener Deutsche Volksblatt das einen seiner Redakteure, einen Herrn Schner, nach Polna entsandte. Dieser würdige Journalist spielte sich als Untersuchungsrichter auf, verhörete mit Hilfe eines Dolmetschers die Zeugen, und gründete ein Rechtskomitee, das der Staatsanwaltschaft die Zeugen zuführte. Er versuchte sogar den Bruder des Beschuldigten, einen Jungen von 16 Jahren, trinken zu machen und ihm Auslagen über seinen Bruder herauszulocken. Natürlich bearbeitete die Wiener und mit ihr im Vereine die tschechische antisemitische Presse die Bevölkerung in Polna und Umgebung aus allen Kräften. So gewann nun das Märchen bald feste Gestalt: Fremde Juden waren zur Osterzeit nach Polna gekommen und mit ihnen im Verein hatte Hilsner das Mädchen ermordet und ihr das Blut abgezapft. Es fanden sich mehrere Zeugen, die Hilsner zur kritischen Zeit haben in den Wald gehen sehen, und ein oder der andere sogar in Gesellschaft von zwei anderen Juden.

Was hierher ist an der Sache nichts besonderes, nichts, was nicht auch in anderen Ländern bei Prozessen, in die das Blutmärchen hineinspielt, vorgefallen wäre. Am Montag der vergangenen Woche begann der Prozeß gegen den Angeklagten Hilsner und endete am Samstag mit seiner Verurteilung zur Todesstrafe. Die Geschworenen hatten einstimmig seine Mithschuld am Mord bejaht. Das Urteil wurde gefällt auf Grund eines Indizienbeweises, der mehr als lückenhaft war. Man brachte gegen Hilsner vor: Mehrere Zeugen geben an, daß sie ihn zur kritischen Zeit auf den Wald hätten zugehen sehen, überdies in Begleitung zweier Juden. Dabei verwickelten sich aber die beiden Hauptzeugen in unlösliche Widersprüche. Man hatte eine Hohe Hilsners gefunden, die verwischene Blutstrecke zeigte. Doch konnte nicht nachgewiesen werden, ob der Angeklagte an dem betreffenden Tage sie gebraucht hatte. Von den Genossen, mit denen er gemeinsam die Mordthat verübt haben soll, hat man keine Spur. Ueberdies fanden sich Zeugen, darunter der Ortspfarrer, die einem anderen verdächtig aussehenden Menschen im Walde begegnet waren. Auf diesen ganz hinfälligen Indizienbeweis hin wurde Hilsner zum Tode verurteilt. Doch schließlich sind Todesurteile schon wiederholt auf ungenügende Indizien hin erfolgt. Das merkwürdige an dem Polnaer Prozeß ist, daß alle Gerichtspersonen vom Präsidenten bis zu den Sachverständigen — ohne daß freilich das Wort ausgesprochen wurde — den Mord als Ritualmord behandelten. Die Gerichtsärzte hoben

das Fehlen des Blutes hervor mit nichtmißverständlichen Bedeutungen. Das Opfer sei durch Schläge und Würgen betäubt worden, damit man es dann bequemer abschlagen und ausbluten lassen könne. Der Staatsanwalt gab in seinem Plaidoyer eine förmliche Beschreibung der von dem Volksglauben beim Ritualmord vorausgesetzten Tötungsweise. Die antisemitischen Journalisten und sonstigen Zuhörer wärzten die Verhandlung durch fortgesetzte Kundgebungen, vom Präsidenten kaum gestört. Das Hauptstück jedoch leistete der Vertreter des Privatklägers, Dr. Baga. Dieser Herr ist ein Führer der tschechischen Radikalen, die „radikal“ deshalb heißen, weil sie mit demokratischen Phrasen einen chauvinistischen Deutschenhaß verbinden, der selbst das jungtschechische Maß übertrifft. Baga — nebenbei einer der Hauptverantwortlichen der Prager Deutschen- und Judenthümlichkeiten — hat sich überdies, den Wiener Mustern nach eifernd, die antisemitische Demagogie zugelegt. Er hatte im Bunde mit dem deutschen Volksblatt den Prozeß „vorbereitet“, jetzt gebärdete er sich, als Vertreter der Mutter der Ermordeten, als zweiter Staatsanwalt. Die Strafprozeßordnung räumt zwar dem Vertreter des Privatbeteiligten nur das Recht ein, den Säcadenanspruch zu verfechten. Herr Baga hielt aber eine Anklagerede und der Präsident duldete sie.

Wir wollen aus dieser Rede ein paar Kraststellen hervorheben, sie werden am besten klar machen, welcher Geist in diesem Prozesse gewaltet hat. Herr Baga führte aus: „Der Umstand, daß die Anna Gruga (Namen des ermordeten Mädchens) erst mit einer Schlinge gefangen, zeigt deutlich das Motiv der That, zeigt deutlich, warum sie abgeschlachtet wurde. Den Mörder handelte es sich nicht um den Tod des Opfers, sondern um ganz etwas anderes... Diese kensche christliche Jungfrau, wie muß es sie berührt haben, als Leute einer fremden Rasse auf sie stürzten, als sie sie entkleideten, als sie ihren keuschen Leib berührten, als sie wußte, zu welchem Zwecke das geschah. Was muß in ihr vorgegangen sein, als das Messer auf sie geschliffen wurde, als sie die Hände des Mörders, die schmutzigen Hände des Thäters auf sich fühlte. Anna Gruga ist eine christliche Märtyrerin, sie wurde ermordet, weil eine christliche Jungfrau ermordet werden mußte. Alle Ausreden nützen nichts: wir haben eine Rasse von Menschen unter uns, die nur deshalb morden, um das Blut des Opfers zu erlangen... Hilsner hat mit zwei anderen Personen so viel Blut als nur möglich diesem Mädchen, dieser christlichen Jungfrau, abzapfen wollen, das beweist der Bericht der Sachverständigen... Der Mord war nicht vorbestimmt. Es kamen erst Fremde in die Stadt, die von Hilsner erjahren, daß eine Christin hier existierte, die man abschlachten könne. Da erit wurde der Mord beschlossen. Die Synagoge war der Ausgangspunkt der Mordthat... Den Schluß der Rede bildete ein Appell an die Regierung, Ausnahmegefetze gegen die Juden zum Schutze der Christen vorzubereiten. Die Kraststellen begleiteten stürmische Slava- (Bravo) Rufe der Zuhörerschaft und nach dem Prozeß war Baga in der Stadt Gegenstand großer Ehrungen. Der Urteilspruch wurde gleichfalls mit Jubel aufgenommen.

Eine derartige Rede, das kann man wohl sagen, ist in einem Gerichtssaal noch nicht gehalten worden. Selbst im

Feuilleton.

Selene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(100. Fortsetzung.)

„Wollt Ihr mir den Jungen verderben?“ sagte Pisanoff. „Soll er sich für etwas Wichtiges halten und seine Gunst wie eine Gnade verachten? Nein, Du bist kein Prinz, mein Junge, und wir haben hier was besseres zu thun, als uns mit Deiner werthen Persönlichkeit zu beschäftigen.“

Er stellte ihn dabei fest auf den Boden.

Man lachte über den strengen Pädagogen und Ostrowski zog den Kleinen an seine Seite heran und hob seinen Zeigefinger zu weiser Belehrung.

„Mein Sohn, Du mußt Dich frühzeitig gewöhnen, Deine Wünsche denen der Allgemeinheit unterzuordnen, sie verlangt in dem Augenblick nichts weniger von Dir, als daß Du in ruhiger Beschaulichkeit alle menschlichen Tugenden übst, verstehst Du das?“

„Nein.“

„Das freut mich von Dir.“

Das Wasser brodelte und sang im Kessel, und Pisanoff nahm von der Kommode Tassen und Gläser und stellte sie auf den Tisch, wo Sofia bereits mit der Bereitung des Thees beschäftigt war. Sie schenkte sie voll und gab Zucker herum, von dem jeder ein Stückchen nahm und es vor sich hinlegte, um gelegentlich daran zu knuppeln. Pisanoff dankte für sich, hat aber für Kola um zwei, die man ihm gleich in die Schale werfen möge.

„Du trinkst wohl Deinen Thee sehr dünn, lieber Kola?“ fragte Sofia den Kleinen, der sich neben ihr auf die Beine stellte, um besser auf den Tisch zu sehen und mit der Zucker-Schale zu liebäugeln.

„O nein,“ sagte er.

„Du bist ein Nichtling, Du sagst immer nein, lachte Ostrowski.“

„Es war das erste Wort, das er aussprechen konnte,“ versicherte der Vater mit einem gewissen Stolz, „aber bitte,

bemühen Sie sich nicht, Tante Lenochka, Kola trinkt seinen Thee allein, er verschüttet keinen Tropfen, so — und jetzt könnte man ihm ein Buch geben, mit dem er spielen kann.“

„Vielleicht Spencer gefällig?“ scherzte Ostrowski, auf den Band vor ihm deutend.

„Was immer, er zerreiht es nicht, er hat bereits Achtung vor Büchern; bei den einlaufenden Druckschriften z. B. reißt er nur die Adressschleifen herunter, während er die Blätter mit säuberlich überbringt.“

„Ja, er weiß auch, daß Gedrucktes einen Inhalt hat“, versicherte Nina.

„Nicht immer“, bemerkte Ostrowski.

„Nun er giebt ihm wenigstens einen, und während er in den Büchern blättert, erzählt er sich lange Geschichten vor, die darin stehen könnten.“

„Du bist ja ein famoser Junge; da, ich liefere Dir den Spencer aus“, und Ostrowski übergab dem Kleinen das Buch, der damit vergnügt zum Fenster lief und es auf den daselbst befindlichen Sessel niederlegte.

Tania hatte sich zuerst eine Cigarre angezündet und nun ahmten die übrigen ihrem Beispiele nach.

Sie hatte die kleinen Füße wieder herausgezogen und lehnte sich in das Kissen zurück, in der lässigen Stellung des dolce far niente. Ihr Haar erschien auf dem weißen Pelstier rabenschwarz und bauschte sich hoch in dichten Partien um dieses kleine Gesichtchen, dessen leidender Zug in diesem Augenblick der Ruhe einen mehr schwachtenden Ausdruck erhielt.

In zwei Fingern hielt sie gar zierlich ihre Cigarette, die sie von Zeit zu Zeit an den Mund führte, um einen Zug zu thun, und dann in Absätzen den Rauch langsam vor sich hin zu blasen.

Da ward an die Thüre geklopft, zwei kurze und harte Schläge ertönten.

„Das ist Alschin,“ sagten alle. „Entrez.“

Ein schlanker, mittelgroßer Mann trat herein, es war Alschin.

Er begrüßte alle mit einem „Guten Tag“ und warf dann seine Mütze beiseite.

Ostrowski bot ihm seinen Stuhl an, er aber schwang sich auf die Kommode und blieb vorgebeugt sitzen, mit hehler

Brust und aufgezogenen Schultern. Er war ein Kleinwuchs, ein körperlich schwächlicher und unschöner Mensch, aber wer dies Kopfengesicht mit den tiefliegenden Augen, von gewaltigen Brauen beschattet, einmal gesehen hatte, konnte es nicht so leicht wieder vergessen.

Er war noch jung, aber die niedere Stirne zeigte Falten und sein zerwühltes Haar, wie sein kurzgeschchnittener Vollbart waren von Silberfäden durchzogen. Die grausame Behandlung in dem Gefängnis von Kiew hatte ihre Schuldigkeit gethan; er erkrankte daselbst und kam in das Hospital. Von dort war es ihm gelungen, zu entfliehen. Er hatte sich nach Genf gewendet, wo er viel mit dem ebenfalls aus dem Gefängnis entflohenen Fürsten Kropotkin verkehrte. Seit einigen Monaten erit lebte er in Zürich, wo er als Chemiker in dem Laboratorium des Polytechnikums arbeitete. Unter den Genossen hieß es, er hätte ein neues Sprengmittel erfunden, genaues wußte man indes nicht, denn er war ein schweigsamer und zurückhaltender Mann.

In theoretischen Diskussionen beteiligte er er sich nie, er belächelte sie. Aber trotzdem schenkte er ihnen sein Ohr und im gegebenen Moment fuhr er mit einem schneidigen Ausspruch dazwischen, der eine Verurteilung enthielt oder ein Vorwürtsdrängen zur That.

Er war eine ganz aktiv angelegte Natur, wie Tania und die beiden verstanden sich wohl. Beide brustkrank, wußten sie, daß ihre Zeit gemessen war, und doch mußten sie sich resignieren und warten.

Als Tania hustete und ihr Sacktuch gegen den Mund führte, blickte er mit finsternen Augen zu ihr hinüber.

„Warum rauchst Du?“ fragte er, „hast Du mein Mittel genommen, das ich Dir gegeben habe?“

„Nein,“ sagte sie kurz, dann fast höhnlich, „meinst Du, daß Du mit Deinem Mittelchen mir helfen könntest?“

Er suchte die Achseln: „Wollen und Können ist zweierlei, wir können nicht viel, und thun nicht einmal das, was wir können.“

Dankend nahm er das Glas Thee aus der Hand Selens und stellte es zwischen seine Beine auf die Kommode.

(Fortsetzung folgt.)

beteiligten wir uns an den Kommissionsberatungen, die bis zur Beratung des Reichstages zwar beendet worden sind, über die aber ein Bericht noch nicht vorliegt.

Ganz besonders schlecht kamen die Agrarier fort bei dem Versuch, die Wirren auf Samoa im Reichstage zu einer Agitation für einen Zollkrieg gegen Amerika auszunutzen. Dieses wurde von dem Interpellanten, dem Abgeordneten Dr. Lehr, dem Geschäftsführer des „Mündlichen Verbandes“, eines rein chauvinistischen Vereins, so ungeschickt ausgeführt, daß nicht nur die Regierung in der deutschsten Form abgewiesener, sondern auch sämtliche Arbeiterparteien — mit einziger Ausnahme der ganz sprachlos gewordenen Nationalliberalen — gegen die Begründung der Interpellation protestierten. Unter diesen Umständen konnten wir uns ebenfalls damit begnügen, uns dem allseitigen Protest anzuschließen. (Fortsetzung folgt.)

Soziale Bewegung.

Inland.

Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! Seit Mitte Juli d. J. befinden sich die Steinarbeiter Schlesiens und Berlins wegen Lohnunterschieden im Abwehrstreik. Demzufolge hat der Vorstand des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäftsinhaber beschlossen, am 6. September die Steinarbeiter Dresdens, Pirnas und Neudorfs auszusperrn, was auch am 7. September zur Ausführung kam. Im weiteren wurde auf Beschluß der Generalversammlung des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäftsinhaber, welche am 18. September in Dresden stattfand, die Aussperrung bis zum 7. Oktober verlängert. Die Zahl der zu unterstützenden Steinarbeiter in Schlesien, Berlin, Dresden und Pirna beträgt 2500 mit nahezu 3000 Kindern. Welche Mittel zur Unterstützung dieser Massen nötig sind, ist wohl leicht erklärlich. Das Vorgehen der Unternehmer läuft darauf hinaus, die Steinarbeiterorganisation Deutschlands zu zerstören! Das soll ihnen nicht gelingen! Wir stehen fest und erwarten dabei die volle Sympathie der Arbeiter aller Länder.

Der Streik der Fäkalienarbeiter in Bremen ist beendet. Die Forderungen der Streikenden sind bewilligt worden.

Die Rahmenkröpfer, Zuschneider und Lohnarbeiter in Leipzig, die in der Bilderrahmenbranche beschäftigt sind, haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem eine am Freitag abend abgehaltene Versammlung den Eintritt in den Streik beschlossen hatte. Die Arbeitseinstellung erfolgte ohne Rücksicht darauf, ob Kündigung bestand oder nicht. Die Forderungen der Ausständigen sind 10 Prozent Lohnerhöhung und 5 1/2 stündige Arbeitszeit.

In nachstehenden Berliner Betrieben befinden sich die Klempner und Berufsgenossen im Ausstand: F. F. A. Schulze, Fehrbellinerstraße; Berliner Metallwarenfabrik, Ritterstraße; David Grove; Gerecke, Prinzenstraße; Scheidler.

Der Bergarbeiterausstand im Plauenischen Grunde beendet. Eine Versammlung der ausständigen Bergarbeiter beschloß gegen 12 Stimmen den Ausstand für beendet zu erklären und die Arbeit wieder aufzunehmen. Folgende Resolution gelangte in der Versammlung zur Annahme: „Die heute im Gasthof zum Deutschen Haus in Pöschappel tagende, öffentliche Bergarbeiterversammlung beschließt, den Ausstand der Bergarbeiter im Plauenischen Grunde aufzuheben. Die Versammlung ersucht die Direktionen des Igl. und Burgler Steinkohlenwerkes, die sich zur Arbeit Meldenden wieder in Arbeit zu nehmen und in ihre alten Rechte einzustellen. Weiter ersucht die Versammlung die Direktionen, keinen Arbeiter, welcher am Ausstand beteiligt war, zu maßregeln.“ Die Werksdirektionen antworteten auf diese Resolution u. a. der Maßregelung von 50 Bergleuten. Nur der Ueinstige, der Arbeiter haben die Unternehmer ihren Sieg zu verdanken, der ein Pyrrhusieg ist; Ueinstigkeit aber ist schon oft durch Empörung beseitigt worden, wie die Direktionen ja schon erfahren haben.

Der Streik der Berliner Ciseleure bei den Firmen Frister (Inh. Engel u. Hegewald), Lindenstr. 23, Speck, Dresdnerstr. 36, Gercke, Sebastianstr. 20, dauert ununterbrochen fort. Alle Anfragen, die Bewegung der Berliner Ciseleure betreffend, sind an E. Grill, Graveur, Nixdorf, Hobrechtstraße 4, 3 Tr. zu richten. Die streikenden Ciseleure, die einer Verhandlung vor dem Einigungsamt nicht abgeneigt sind, hatten dem Gewerbegericht drei Arbeitgeber bezeichnet, die es zu einer Erklärung auffordern sollte. Die drei Herren haben sich jetzt gegen eine Verhandlung vor dem Einigungsamt erklärt.

Die Zimmermeister in Köln haben in einer zahlreich besuchten Innungsversammlung einstimmig beschlossen, als Antwort darauf, daß die Gesellen nicht auf das Angebot von 47 Pfennigen Stundenlohn eingehen, am Montag, den 25. September, sämtliche Zimmerergesellen auszusperrn. Die Gesellen sind entschlossen, auf der Forderung eines Mindeststundenlohnes von 50 Pfennigen zu beharren. Durch die Aussperrung hoffen die Innungsmeister die Streikkasse der Gesellen zu sprengen.

Wegen Nichtbewilligung der gestellten Forderungen sind in Berlin die Holzbildhauer in einer größeren Anzahl von Werkstätten in den Ausstand getreten.

Holzbearbeitungsbranche. In der Piano-Mechanik-Fabrik von Oskar Köhler in Berlin, Greifswaldstraße 33, haben infolge Maßregelung schon heute sämtliche Maschinenarbeiter die Forderung der 52 stündigen Arbeitszeit gestellt. Diese wurde abgewiesen und so haben 60 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Lohnerhöhungen wegen Mangel an Arbeitern treten jetzt mehrfach in Oberschlesien in Kraft. Endlich scheinen die Montanindustriellen dahinter gekommen zu sein, weshalb ihre Arbeiter so massenhaft Oberschlesien verlassen; durch Lohnerhöhungen suchen sie sie bei sich zu behalten. Dieses Mittel wird sich entschieden bewähren. Von mindestens ebenso großer Bedeutung dürfte es für die obereschlesischen Agrarier sein, die dadurch die Sachengänger einschränken könnten. Im übrigen hört man in diesem Jahre viel weniger als früher vom ländlichen Arbeitermangel im Sommer.

Offizielle Anerkennung ihrer Tarif-Löhne hat die Buchdruckerorganisation erzielt. Das kaiserliche Kanalamt in Kiel hat die Lieferung der Druckarbeiten für die Verwaltung des Kaiser Wilhelm-Kanals in Südmitteln neu ausgeschrieben. In die Lieferungsbedingungen, auf welche die submittierenden Firmen sich zu verpflichten haben, ist folgender Satz neu aufgenommen: „Unsere (meine) Gehilfen werden auf Grund des deutschen Buchdruckerarbeitsgesetzes bezahlt.“

Die Krankenversicherung im Jahre 1897.

IV.

Es. Zu den Aufwendungen, welche die gesamten Krankenkassen an Arzt und Apotheke zu machen haben, bieten die Leistungen der Krankenkassen ein äußerst bezeichnendes, die Schattenseite reflektierendes Bild. In der Statistik der Krankenversicherung sind hierüber Zahlen niedergelegt, die mit solcher Klarheit sich dahin aussprechen, daß, soll wirklich die Krankenversicherung ein Feld gegenseitiger und solidarischer Fürsorge bilden, auf welchem der Streit und der Kampf um das tägliche Brot humane Formen aufweist, sowohl mit der Einführung der Karenzzeit gebrochen werden muß als auch, da die von den Arbeitern zu leistenden Beiträge einen Ausfall an ihrem Verdienst bedeuten, der durch eine Krankheit vollständig ausfällt, die Unterstützungsdauer nicht nach statutenmäßigen Fristen zu bemessen ist, sondern während der ganzen Krankheit gewährt werden muß.

Die Einführung der Karenzzeit durch Gesetz widerspricht von Grund aus den Anforderungen einer Krankenversicherung. Der Ausfall an Lohn, den ein Kranker hat, er wird noch gesteigert dadurch, daß er nicht einmal im Falle der Krankheit sofort die eine auch noch so bescheidene bare Unterstützung an Krankengeld erhält. Und doch haben von den im Jahre thätig gewesenen Kassen noch 18 509, d. i. 82,4 Prozent, die Karenzzeit! — Selbst die Auszahlung des Krankengeldes vom 2. Tage der Erkrankung gewähren nur 255 Kassen, d. i. 1,1 Prozent. Und keinen Karenztag haben, wenn auch zu 1/3 Teilen unter Bedingungen, nur 3713 Kassen, d. i. 16,5 Prozent.

Statt daß die Krankenkassen durch Gesetz verpflichtet wären, sofortige und ausgiebige Fürsorge und Entschädigung für den Ausfall an Lohn eintreten zu lassen, sind sie verpflichtet, ein Kapitalvermögen anzuhäufen, das ihnen wohl Zinsen einbringt, während die, welche das Kapital aufgebracht haben, am Hungertuche nagen müssen. — Sind hier nicht folgende Zahlen horrend!:

Sämtliche Kassen besitzen ein Stammvermögen von 2 891 974 Mark, einen Reservefond von 119 627 754 Mark, einen Betriebsfond von 15 371 893 Mark, zusammen also: 13 789 1621 Mark, ein Vermögen, das natürlich in Wertpapieren, in Schuldverschreibungen angelegt sein muß, da der Staat Geld braucht und die Ersparnisse, zu denen die Kassen gezwungen werden, für sich in bar beansprucht! — Hier sind die Arbeitergroßen eine Quelle kapitalkräftiger Wirtschaft, während die Kranken Mitglieder darben und hungern müssen!

Meines Erachtens müßten die fraglichen Bestimmungen über die Höhe des Reservefonds sowie die Zwangsbestimmungen der Karenzzeit von Grund aus geändert werden, damit Unterstützungen gewährt werden können, die eine wirkliche Entschädigung und Fürsorge bedeuten.

Hinsichtlich des Bestehens der Karenzzeit bei den einzelnen Kassenarten ist zu konstatieren, daß die Betriebskrankenkassen, weil sie nicht allein offiziarische, im Belieben des Unternehmers liegende Aufnahmebedingungen vor der Aufnahme der Arbeitstätigkeit peinlichste Untersuchungen über die Gesundheit des Arbeiters! — besitzen, sondern auch weil sie von der unorganisierten Masse am wenigsten aufgesucht werden und wenn unorganisierte Arbeiter in den Betrieben Aufnahme finden, hier an den Errungenschaften der organisierten Arbeiter vollen Anteil nehmen, im allgemeinen ja auch Großbetriebe die Arbeitstätigkeit besser entlohnen, daß hier von den Zwangskassen nur 71,1 Prozent der Kassen die Beibehaltung der Karenzzeit besitzen, während sie bei den Ortskrankenkassen noch zu 78,4 Prozent bestehen.

Noch bezeichnender, das Vorherrschende rein wirtschaftlicher Verhältnisse mehr charakterisierender Art sind die Festsetzungen der Beitragshöhen zum Lohn. — Notabene nicht des wirklichen Arbeitslohnes, sondern des festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes.

Zwar können wir deswegen allgemein gültige Schlüsse hier aus der Statistik nicht ziehen; denn für die Gemeindeversicherung gilt ein anderer Tagelohn als für die Ortskrankenkassen; für die Betriebskrankenkassen noch viel weniger, weil hier der Tagelohn im allgemeinen nicht nach größeren Gruppen und Stufen bemessen ist, sondern nach dem Alter und dem Geschlecht.

Aber wir können doch das eine zunächst anführen: zwar sind die Kassen an eine bestimmte Höhe des Reservefonds gebunden, der nach dem Gesetz nicht hoch genug sein kann; aber an der Niedrigkeit der Beiträge haben die Arbeiter gar kein Interesse! Woher sollen denn die Ausgaben bestritten werden, woher sollen die Krankenkassen den Ansporn und die Möglichkeit nehmen, die Härten des Gesetzes, die karg bemessene Unterstützungshöhe, die beschränkte Unterstützungsdauer auszugleichen, wenn nicht durch höhere Beiträge! — Die Niedrigkeit des Beitragssatzes beweist unter allen Umständen! — Ausnahmen bestätigen die Regel — daß von durchgreifender, ausgedehnter und befriedigender Unterstützung keine Rede sein kann.

Bedeutet denn das eine Krankenversicherung, wenn die Gemeindeversicherung in 72,0 Prozent ihrer Kassen Beiträge von 1,5 Prozent des hier geltenden Tagelohnes, der äußerst niedrig steht, erhebt und in 99,85 Prozent nur 50 Prozent Krankengeld vom Lohne aussteilt!

Ebenso ist bei den Ortskrankenkassen, obwohl diese den größten Prozentjah — 66,15 — mit 2—3 Prozent der Beiträge erhebt, dagegen mit 88,4 Prozent der Kassen 50 Prozent des Krankengeldes gewährt, von einer befriedigenden

Entschädigung zu sprechen. — Desgleichen bei den Betriebskrankenkassen, wo 55,4 Prozent der Kassen Beiträge von 2—3 Prozent festgelegt haben und wo zu 83,2 Prozent der Kassen Krankenfürsorge mit 50 Prozent des Tagelohnes geboten wird.

Die Summe der Krankengelber, welche die Kassen 1897 zahlten — nur an Mitglieder, nicht an Angehörige und Wöchnerinnen — 50 707 457 Mark — was bedeutet denn diese, wenn nach der Statistik auf einen Krankentag 2,34 Mark kommen, wo zu den Krankheitskosten nicht allein die Aufwendungen an Arzt, Arznei und Krankengeld gerechnet sind, sondern auch Angehörigenunterstützung an im Krankenhaus Aufgenommene, Unterstützungen an Wöchnerinnen, Sterbegelder, Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten, Fürsorge für Rekonvalescente! — Nach derselben Statistik machen diese letzteren Ausgaben 17 Prozent der Gesamtkrankheitskosten aus; das heißt also, wir müssen von den 2,34 Mark Krankheitskosten pro Tag den sechsten Teil hierfür wegnehmen; davon bleiben uns noch 1,78 Mark übrig. — Und nach derselben Statistik bilden die ausbezahlten Krankengelber 52 Prozent der Krankheitskosten für Arzt, Arznei und Krankengeld; sodas der Arbeiter also als Entschädigung für seinen durch Krankheit ausfallenden Lohn pro Tag also 91 1/2 Pf. erhält. — Zwar schon mehr als die ominösen 30—35 Pf. der Alters- und Invalidenrente besagen; aber die Beitragssätze sind hier ja bedeutend höher als auch der Anteil des Arbeiters zu 1/3!

Und vergessen wir vor allen Dingen folgendes nicht. Wenn auch die Löhne infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs im allgemeinen wenn auch nicht viel, so doch gerade dort gestiegen sind, wo es die Organisation der Arbeiter ermöglicht hat; die Lebenskosten, die Nachfragemittelpreise, die Wohnungspreise, die Bedürfnisse der Arbeiter sind mehr gestiegen. Und unter solchen Umständen bedeuten, selbst bei einem für das Reich insgesamt anzunehmenden durchschnittlichen Tagelohn von 2 Mark die 92 1/2 Pf. ein höhnendes Äquivalent der gesetzlichen Zwangsfürsorge. — Noch dazu wenn wir in Betracht ziehen, daß die am geringsten entlohnten Arbeiter vom reichsten Kindersegen beglückt sind.

Und für welche Zeit wird dem Kraft der Krankenversicherung den Arbeitern das Krankengeld von durchschnittlich 92 1/2 Pfennig pro Tag gewährt? — Von den im Jahre 1897 thätig gewesenen Krankenkassen (22 477) gewährten 18 299, d. i. 81,5 Prozent, eine Krankenunterstützung von 13 Wochen! — Welches Elend verbirgt sich hier — mit Mühe der Verzweiflung entgehend!

Nicht allein die vollständig unzureichende Entschädigung des Kranken, sondern auch die kurz bemessene Frist der Unterstützungsdauer steht dem Arbeiter als höhnlachendes Gespenst vor seinen Augen. Und wehe dem, der den Anblick dieses Gespenstes nicht ertragen kann, zumal Krankheiten nicht allein die Gesundheit mitnehmen, sondern auch die Spannkraft, die Energie lähmen; und Teilnahmslosigkeit, Schamlosigkeit, Indifferentismus jene Arbeiter packt und festhält. — Durch diesen Indifferentismus, der nicht im Unverstand liegt, sondern gegründet ist auf die Einwirkung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Zustände, werden die Bestrebungen der Arbeiter auf Besserstellung ihrer Lage innerhalb der bestehenden Gesellschaftszustände gehemmt, zu Boden gedrückt; und so hat die Krankenversicherung, wenn sie in richtige Bahnen geleitet wird, volles Anrecht auf die Aufmerksamkeit und Bethätigung der Arbeiter.

Soll also die Krankenversicherung ein vollhaltiges Element unseres Kulturfortschritts bedeuten, so muß sie in andere Bahnen geleitet werden.

Aufzuräumen ist zunächst mit der zerfahrenen, ungerichteten, widersinnigen Teilung in die verschiedenen Versicherungsarten; vor allen Dingen muß der Gegenatz, der zumeist politischer Natur ist, zwischen der Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen durch Etablierung einer Kasse an Orte aufgehoben werden: es muß hier dem Arbeiter gegeben werden, was sein Recht ist: eine gesamte, einige Organisation in Krankheitsfällen.

Aufzuräumen ist ferner mit der Belastung, welche die Krankenversicherung zu Gunsten der Berufsgenossenschaften und der Alters- und Invaliden-Anstalten trägt und welche eine gedeihliche Entwicklung der Krankenfürsorge hemmt und niederdrückt. Werden die Krankenkassen doch jetzt schon als der Untergrund der Sozialgesetzgebung betrachtet, sodas zunächst immer die Krankenkasse die Entschädigungen zahlen muß, welche dann in gegebenen Fällen von den Berufsgenossenschaften und Alters- und Invaliden-Anstalten erstattet werden. — Die Krankenkassen sollen ja auch dem Arbeiter am nächsten stehen; aber die anderen Institutionen sollen, wenn die geschilderten Fälle eintreten, eine Pflicht der Erstattung der Kosten und eine Entlastung der Krankenkassen haben.

Aufzuräumen ist des weiteren mit der Zwangsmaßregel des Reservefonds in der gesetzlichen Höhe. Nicht dazu zahlt der Arbeiter seine Beiträge, um ein kapitalistisches Geschäft blühen und gedeihen zu sehen, sondern sein Anspruch muß dahin gehen, für sein Geld auch etwas zu haben und mit Ruhe einem Krankheitsfall ins Auge sehen zu können, mit mehr Ruhe als unsere Rentiers und Kapitalmagnaten auf die Zinsen ihrer Kapitalien, für die der Staat garantiert, rechnen.

Aufzuräumen ist noch weiter mit den kapitalistischen Gelüsten und Annahmen der Ärzte und Apotheker; und wenn wirklich Zwang vonnöten wäre, diese Faktoren müßten von Gesetzes wegen gezwungen werden — nicht wie sie es fordern: einen Anspruch auf standesgemäße Honorierung durch die Krankenkassen — sondern im Interesse der Krankenversicherung und im Interesse der Mitglieder und vor allen Dingen als Produkte der Verhältnisse, zu welchen die Arbeiter den Untergrund und die Daseinsfähigkeit erst haben müssen kraft ihrer Produktionsfähigkeit, — gezwungen werden, für die Krankenkassen zu leben und nicht dieselben als Institutionen zu benutzen, aus denen Kapitalprofite zu ziehen sind.

Gewährt werden muß endlich den Arbeitern ein wirkliches Koalitionsrecht und zwar allen Arbeitern, ohne Rücksicht

Hausstrafen und Maßregelungen, damit auf Grund der so erreichten Aufbesserungen in der Lebenshaltung und der Abweisung kapitalistischer Anmaßungen die Gefahr verfehlender Straftaten gemindert werden kann und die Arbeiter im Stande sind, für die Krankenversicherung höhere Beiträge zu entrichten.

Wenn aber diese Bedingungen erfüllt sind, Bedingungen, die allein befähigt sind etwas wirklich Gutes und Segensreiches zu schaffen, dann kann die Krankenversicherung den Namen einer Ertragsanstalt führen, die menschlichen Verhältnissen, Anforderungen und Daseinsmöglichkeiten entspricht und Genüge thut.

Gerichtliche Urteile

Sandgericht Magdeburg.

Der Kaufmann Paul Woldmann hier, geboren 1867, war seit dem 30. Dezember 1895 von der Nothenfelder Salinen- und Molkerei-Aktiengesellschaft mit dem Vertrieb von Margarine betraut. Im Februar 1897 stellte sich bei der Revision ein Fehlbetrag von 8303.90 Mark heraus. Davon war Woldmann für selbstbezogene Waren 1340.50 Mark schuldig geworden, während er die übrigen 6963.40 Mark, die er von den Kunden einkassiert hatte, nicht zu besorgen vermochte. Woldmann hatte sich heute wegen Untreue zu verantworten und behauptete, der Fehlbetrag sei für Lademieten und Speisen im Interesse der Nothenfelder Molkerei-Aktiengesellschaft vorausgibt, während er früher in mehreren Briefen seine Schuld der Gesellschaft gegenüber anerkannt und demütig um Nachsicht gebeten hatte. Trotz seiner Versprechungen hat er bisher Erstattung nicht geleistet. Sein weiterer Einwand, er sei von seinen Reisenden vielfach betrogen, hat sich nur zu einem geringen Teil bestätigt. Die Buchführung war äußerst mangelhaft, so daß in einer Anzahl von Fällen die Käufer nicht ermittelt werden konnten und häufig fingierte Namen angegeben waren. Der Gerichtshof nahm auf Grund der Verhandlung an, daß der Angeklagte sich nur in den Fällen, in denen er die Rechnungen der Gesellschaft auf seinen Namen umgeschrieben und insgesamt 4270 Mark eingezogen hatte, der Untreue schuldig gemacht habe und strafte ihn deswegen mit 9 Monaten Gefängnis.

Die Witwe Emma Salger, geborene Feuerstake, hier, geboren 1850, wurde wegen Konkursvergehens zu einem Tage Gefängnis verurteilt.

Der Schultube Wilhelm Bernsdorf zu Schnatzleben, geboren 1886, stahl im Juni d. J. gemeinschaftlich mit seinem noch nicht strafmündigen Bruder aus der Wohnung einer Witwe unter Benutzung eines falschen Schlüssels 26 Mark, sowie drei Rotwürste und eine Bratwurst. Geld und Würste nahm seine Mutter, die verehelichte Arbeiter Bernsdorf, Luise, geb. Franke, geboren 1856, an sich. Der Gerichtshof verurteilte Bernsdorf wegen schweren Diebstahls zu 1 Woche, seine Mutter wegen Hehlerei zu 3 Monaten Gefängnis.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Mittwoch, 27. September:

N. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im „Weißen Hirsch“.
Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstraße 28.
Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.
Gesangverein Gemischter Chor, Buckau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei G. Balzer, Klosterbergstraße 5.
Arbeiter-Gesangverein Buckau. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde in Häjlers Restaurant, Dorotheenstr. 19.
Arbeiter-Turnverein Hohendobelen. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Übungsstunde bei Stryus.
Männer-Turnverein Weferhülen. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr, Turnstunde im „Weißen Hirsch“.
Männer-Turnverein Bernsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends von 8-10 Uhr Übungsstunde.
Gesangverein „Männerchor“, Fernersleben. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Laujch.
Männer-Gesangverein Gr.-Dittersleben. Jeden Mittwoch abends Übungsstunde bei Baate.
Neuhaldensleben. Turnverein Jahn. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Dianabad.
Surg. Gesangverein „Vorwärts“. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei Jesse.

Wasserstände.

+ bedeutet über - unter Null.

Musbe.

Buckau . . . 24. Sept. + 1.48 | 25. Sept. + 1.33 | 0.15 | -
Haidenbrücke

Ankunft und Saale.		Saal		Buckau	
Straßfurt	24. Sept. + 1.20	25. Sept. + 1.20	—	—	—
Frotha	„ + 2.32	„ + 2.26	0.06	—	—
Misleben	„ + 2.28	„ + 2.14	0.14	—	—
Bernburg	„ —	„ + 1.74	—	—	—
Saale, Oberpegel	„ + 1.78	„ + 1.72	0.06	—	—
do. Unterpeg.	„ + 1.48	„ + 1.38	0.10	—	—
Hier, Eger, Molbau.					
Jungbunzlau	23. Sept. + 0.16	24. Sept. + 0.15	0.01	—	—
Laun	„ + 0.25	„ + 0.22	0.04	—	—
Budweis	„ + 0.60	„ + 0.62	—	0.02	—
Prag	„ + 1.25	„ + 1.14	0.11	—	—
Elbe.					
Barbuth	23. Sept. + 0.30	24. Sept. + 0.21	0.09	—	—
Brandeis	„ + 0.55	„ + 0.48	0.07	—	—
Melmitz	„ + 1.10	„ + 0.90	0.20	—	—
Leitmeritz	„ + 0.79	„ + 0.70	0.09	—	—
Müßig	24. „ —	25. Sept. + 1.08	—	—	—
Dresden	„ — 0.12	„ — 0.22	0.10	—	—
Torgau	„ + 2.34	„ + 2.20	0.14	—	—
Wittenberg	„ —	„ + 2.84	—	—	—
Hoylau	„ + 2.84	„ + 2.63	0.21	—	—
Barby	„ + 3.26	„ + 3.02	0.24	—	—
Schönebeck	„ + 3.05	„ + 2.80	0.25	—	—
Magdeburg	25. „ + 2.95	26. „ + 2.50	0.45	—	—
Zangerhüde	24. „ —	25. „ —	—	—	—
Wittenberge	„ + 3.86	„ + 3.79	0.07	—	—
Dömitz, Pegel	„ + 2.95	„ + 3.15	—	0.20	—
Lauenburg	„ + 2.81	„ + 3.00	—	0.19	—
Havel.					
Brandenburg	22. Sept. + 2.08	23. Sept. + 2.05	0.03	—	—
do. Oberpegel	„ + 1.30	„ + 1.32	—	0.02	—
do. Unterpegel	„ —	„ —	—	—	—
Oder.					
Kosel	22. Sept. + 1.61	23. Sept. + 1.45	0.16	—	—
Oriz Oberpegel	„ + 5.04	„ + 4.98	0.06	—	—
do. Unterpegel	„ + 3.14	„ + 3.00	0.14	—	—
Breslau Oberpeg.	„ + 5.30	„ + 5.20	0.10	—	—
do. Unterpegel	„ + 1.16	„ + 0.72	0.44	—	—
Frankfurt	21. „ + 2.52	22. „ + 2.65	—	0.13	—
Küstrin	„ + 1.95	„ + 2.04	—	0.06	—
Warthe.					
Bojen	22. Sept. + 0.78	23. Sept. + 0.82	—	0.04	—
Küstrin	21. „ + 1.17	22. „ + 1.22	—	0.05	—
Weichsel.					
Thorn	21. Sept. — 2.96	22. Sept. — 2.82	—	0.14	—
Neße.					
Ufch	21. Sept. + 0.40	22. Sept. + 0.42	—	0.02	—

Beste Auswahl in Mitteldeutsch.



Alfred Scholz

Neustadt, Breiteweg 15
empfeht sein großes Lager

Taschen-Uhren

(Gold, Silber und Nickel).

Grosse Auswahl in Regulateuren von 10.50 Mark an,
altdeutschen Hänge-Uhren von 21 Mark an,
Stand- und Wand-Uhren.

Grosses Lager in Gold-, Silber- und Doublewaren.
Broichen, 500 Ruster, von 1.00 Mk. an.
Ohrringe, Armänder, Siegelringe, Korallen und Granat-Schmuck.

Trauringe! Trauringe!
Uhrglas 25 Pfg. Kapsel 25 Pfg.
Meine Werkstatt für Reparaturen empfehle allen, welchen an sorgfältiger Ausführung der überragenden Arbeiten gelegen ist.

Langjährige Erfahrung
in den größten Städten Deutschlands, Oesterreichs und Americas.

2516

Beste Auswahl in Mitteldeutsch.

Butter! Butter!

feinste und feine Tischbutter
sowie gute Backbutter

empfeht
in allen Preislagen

L. W. Süder

Große Marktstr. u. Stephansbrücke-Cafe.

Schmidt: Schuh-Klinik Schmidt: Möbel, Spiegel und Polsterware
straße 15 straße 15 reelle Arbeit, empfehlt
Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt. C. Dittmar, Tischlermeister
2625 Rudolf Lummert. Tischlerfruchtstraße 26. 770

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Weferhülen zur gefl. Kenntnis, daß ich am 1. Oktober hier, Schönbeckerstraße 24, im Hause des Herrn Kramer ein Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Geschäft eröffne. Zudem ich prompte Bedienung zubereite, bitte ich mein Unternehmen günstig unterstützen zu wollen und zeichne mich
2602

Richard Freitag.

Gegründet 1847.

Wilh. Brandt

Schuhwaren

2419 für prima Qualität zu billigen Preisen empfehle in großer Auswahl.
Gärtnerstraße-Cafe.

Einzig schön und billig

empfeht

Schleiergardinen, Meter zu 38, 54, 68, 75, 90 Pfg., 1.05 Mk.
Rouleaukanten in ca. 25 Mustern, Meter 3, 5, 13, 19, 25 Pfg.
Scheibengardinen, Mustern, Meter 5, 15, 21, 30, 36, 45 Pfg.
Bunte Gardinen, Meter 24, 29, 36, 45 Pfg.
Weiße Zug-Gardinen, eine sorgfält. Qual., p. Meter 30 Pfg., billigere von 13 Pfg. an
Strohsäcke von 1.15 bis 1.75 Mk., Sofaschoner von 90 Pfg. an
Kongressstoffe, unüberroffen billig, Meter 20, 28, 36, 45 Pfg.
Wachstuchbarchente, Meter 50 Pfg.
Rotbraune und grüne Gardinenhalter, Meter 15, 35, 50, 60 Pfg.
Rotbraune und grüne Tischdecken von 2.25 Mk. an
Waschtischdecken von 1.25 Mk. an
Grosse Auswahl in Stubenläufern, in schmal und breit, Meter 0.24 bis 1.00 Mk.
Bunte Bälchenfranze, Meter 9, 17, 24, 30, 36 Pfg.
Bettdecken, wäß und hoch, Stück 45 Pfg., 1.25, 1.75, 2.25, 3.00, 4.00 Mk.
Gebülmte Bezüge 2.25 Mk., karierte Bezüge 2.25 Mk.
Jatgardinen, Meter 24, 27, 30, 33 Pfg., Lambrequins, Stück 45, 68, 90 Pfg.

Zeit unter Preis ein großer Posten

Gardinenreste und Gardinenkanten.

Warenhaus

Richard Neumann, Buckau.

2628

Solide Preise

Auf Abzahlung!

Möbel

Polsterwaren, Betten, Spiegel
Regulateure u. Taschenuhren

ferner
Herren-, Damen-
und
Kinder-Garderobe

fertig und nach Maß
Liefer

Auf Abzahlung

Theodor Matthies

Heiligegeiststraße 36 I.

2627

Reelle Bedienung